

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE GEGEN DAS VERFEHLTE HOCHSCHULGESETZ

COMITÉ SUISSE CONTRE UNE POLITIQUE UNIVERSITAIRE DÉMESURÉE

Postfach 4059

3001 Bern

PC 30 - 6064

---

Bern, 12. Mai 1978

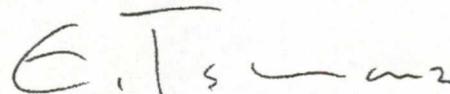
An die Presse

Sehr geehrte Damen und Herren

Ein umfassender Vergleich der schweizerischen Hochschulpolitik mit jener der Bundesrepublik Deutschland drängt sich auf im Zusammenhang mit den Diskussionen um das Hochschulförderungs-gesetz. Diesen Vergleich bringt der erste Artikel des vorliegen-den Pressedienstes. Ebenfalls zum Thema Hochschulförderung und Arbeitsmarkt gehört der zweite Artikel.

In 14 Tagen werden die Stimmbürger an den Urnen über das Hochschulförderungs-gesetz zu befinden haben. Es zeigt sich jedoch, dass die Aufklärung über dieses Gesetz bisher recht einseitig war, weshalb wir Ihnen für den Abdruck der vorliegenden Texte ganz besonders dankbar sind.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE GEGEN  
DAS VERFEHLTE HOCHSCHULGESETZ  
Für den Presseausschuss:



E. Tschanz

## HOCHSCHULFÖRDERUNG UND ARBEITSMARKT

Eine kritische Stellungnahme zur schweizerischen Hochschulpolitik

Die Hauptkritik am neuen Hochschulförderungsgesetz richtet sich vor allem gegen die im Zweckartikel stipulierte Wahrung des freien Zugangs zu den Hochschulen. Damit sollen Zulassungsbeschränkungen durch Ausbau der Hochschulen verhindert werden, unbekümmert darum, ob dies vom Arbeitsmarkt her gefordert wird oder nicht. Dies aber widerspricht den Spielregeln einer freien Marktwirtschaft und führt zu bildungspolitischen und ökonomischen Fehlentwicklungen, wie sie in Schweden, in der Bundesrepublik Deutschland und auch in den USA in zunehmendem Masse in Erscheinung treten und den Behörden dieser Länder grosse Sorge bereiten.

Die Hauptimpulse dieser fehlgesteuerten Bildungspolitiken gingen aus von der Hochkonjunktur mit ihrem Nachfrageüberhang nicht nur an Akademikern, sondern ebenso sehr an Arbeitnehmern aller Stufen der arbeitsmarktlichen Hierarchie. Die Hochkonjunktur mit ihren euphorischen Verzerrungen - und den vollen Kassen der Staaten - aber ist vorüber und wird, wenn überhaupt, so schnell und in diesem Ausmasse kaum mehr in Erscheinung treten. Trotzdem: Die Bildungseuphorie als Relikt dieser Zeit ist geblieben. Sie wird überdies genährt von der weit verbreiteten These, wonach das Wirtschaftspotential, die Prosperität und das Ansehen eines Landes von dessen Akademikeranteil abhängt. Wohin derartig idealistisch motivierte, fern jeder Realität stehende Wunschvorstellungen führen, liefert Schweden: Es steht vor dem Staatsbankrott, trotz der höchsten Akademikerquote der Welt. Seine Exportwirtschaft liegt trotz Währungsabwertungen arg darnieder, desgleichen seine Binnenwirtschaft. Mitverantwortlich dafür ist ebenfalls die überrissene Sozialpolitik dieses Landes.

Kritik ist auch hier zulande zu üben, vor allem hinsichtlich der Legitimationsberechtigung der die Regierung und das Parlament beratenden und zur Vorentscheidung beitragenden Gremien. Sowohl der Schweizerische Wissenschaftsrat, die Hochschulrektorenkonferenz, die Hochschulkonferenz sowie der Hochschulrat, welche diese Funktionen inne haben, bestehen mehrheitlich aus Professoren, sind

mit der eigenen Sache liiert und als befangen zu betrachten. Damit ist die notwendige Legitimation dieser Gremien zumindest in Frage gestellt.

Auch bei unserem nördlichen Nachbarn, der BRD, hat der sich in den letzten Jahren aufgebaute und nicht bewältigte Maturandenberg sowie die Tatsache, dass die Expansion des Bildungswesens an finanzielle Grenzen stösst, einer früher oft als reaktionär verschrieenen bildungspolitischen Kritik Rückenwind verschafft. Die nun eingetretene deutsche Bildungskatastrophe wird vor allem von zwei kompetenten Wissenschaftlern in ihrer Schrift "Wider die kranke Reform" \*) kritisch unter die Lupe genommen. So plädiert A. Hegelheimer, Professor für Bildungsplanung und Bildungsoekonomie an der Universität Bielefeld, dafür, das Bildungssystem mittels Bedarfsforschung, Information über betriebliche Personalplanungen, Berufsberatung und entsprechender Umlenkung der Finanzen wieder enger auf die Berufswelt zu beziehen. Bei hoher Belastung des Fiskus führe die "Ueberqualifizierung" zur Verdrängung von formal - aber nicht nach beruflicher Leistung - Minderqualifizierten, während auf der zunehmend vernachlässigten mittleren Ebene, bei den Facharbeitern und Fachkräften, eine Lücke zu entstehen drohe, die den unumgänglichen Strukturwandel behindere.

Auch nach Ansicht des Politologen Professor M. Zöllner, Universität München, wurde das deutsche Bildungswesen ebenfalls nicht durch legitimierte Entscheidungsinstanzen gesteuert, sondern den menschenfreundlichen Argumenten von Interessengruppen, den politischen Vorentscheiden von Sachverständigen und den Entwicklungen in den autonomisierten, aber steuerungslosen Bildungsinstitutionen selbst überlassen.

Anlass zur deutschen Bildungskatastrophe gab der während der Hochkonjunktur massiv vorangetriebene Ausbau der Maturitätsschulen, dem jedoch der zeitlich verschobene entsprechende Ausbau der

---

\*) A. Hegelheimer und M. Zöllner: Wider die kranke Reform - Ordnungspolitik für Bildungswesen und Arbeitsmarkt (Edition Interfrom, Zürich)

Hochschulen nicht Schritt hielt. Grund dafür war die nachkonjunkturelle Flaute, die leerer gewordenen Kassen von Bund und Länder sowie die zunehmende Kritik, die auf die schwerwiegenden Folgen eines auch realpolitisch nicht vertretbaren Hochschulausbaus aufmerksam machte.

Die Finanzminister von Bund und Länder veranlassten daraufhin eine breitgefächerte Bedarfserhebung der staatlichen Betriebe an Akademikern mit dem ernüchternden Ergebnis, wonach bis zum Jahre 1985 mehr als 500'000 Hochschulabsolventen keinen Arbeitsplatz beim Staat erhalten können. Für die gesamte Wirtschaft werden es 50 % der Hochschulabsolventen sein, die in den nächsten Jahren keinen ihrer Ausbildung entsprechenden Arbeitsplatz finden werden.

Trotz des gebremsten Hochschulausbaues sind in der BRD bereits heute über 40'000 arbeitslose Akademiker registriert. Eine weit grössere Zahl von Akademikern aber ist an Arbeitsplätzen tätig, die ihrem Ausbildungsstand nicht entsprechen. Die durch sie verdrängten, für diese Arbeit Ausgebildeten, werden ihrerseits arbeitslos oder sind ebenfalls gezwungen, auf tiefere Arbeitsplätze auszuweichen. Die Folgeerscheinungen dieses Verdrängungseffektes für Akademiker sind Unzufriedenheit mit der Entlohnung, keine oder nur ungenügende Befriedigung am Arbeitsplatz, keine genügende Selbstverwirklichungsmöglichkeit und schliesslich Frustration und schlechte Arbeitsleistung. Das ist der eine menschliche negative Aspekt einer "Akademiker-Ueberschussproduktion". Der zweite, ebenso gewichtige wirtschaftliche Aspekt, betrifft das schlechte Verhältnis von "Aufwand und Ertrag", kostet doch die Ausbildung eines Hochschulabsolventen im Mittel die Summe von rund 120'000 DM.

Ein weiteres Negativum, verursacht durch die Drosselung des Hochschulausbaus in der BRD, ist das Numerus clausus-Problem. Es ist bedingt durch das stetig zunehmende Anbränden von Abiturienten an die Pforten der Hochschulen bei rückläufigen Zulassungsquoten. Bei der Medizin beträgt sie heute nur noch 20 %! Umfangreiche Befähigungstests für das Medizinstudium werden versuchsweise ange-

wandt, um die befähigsten Medizinstudiumsanhänger zu erziehen. Die nicht zugelassenen, verbittert und empört, suchen Zugang zu andern Universitäten oder Fachhochschulen und vermindern auch hier deren Zulassungsquoten. Ein grosser Teil der Abiturienten aber findet keinen Zugang zu den Hochschulen. Eine harte Realität für viele junge Menschen in der BRD! Nur stellt sich die Frage nach dem grösseren Uebel: Als Abiturient auf das Hochschulstudium zu verzichten und eine angemessene, befriedigende Berufssituation aufzubauen, oder als Hochschulabsolvent, des fehlenden Angebotes wegen, mit einem unbefriedigenden Arbeitsplatz vorlieb nehmen zu müssen!

Aus der kürzlich veröffentlichten eingehenden Untersuchung des Internationalen Arbeitsamtes (ILO) in Genf geht ebenfalls mit aller Deutlichkeit eine zunehmende Verschlechterung der Nachfrage nach Akademikern in den meisten Industriestaaten hervor: "Die Titel garantieren nicht länger ein angenehmes Leben, Wohlstand und Karriere. Im Gegenteil, unbefriedigende Arbeitsplätze und lange Zeit der Arbeitslosigkeit erwarten viele der frisch Diplomierten oder Promovierten nach Jahren harten Studiums". Auch das ILO sieht die Ursache in einer nicht auf den Arbeitsmarkt abgestimmten Hochschulpolitik.

In unserem Lande ist der Akademiker-Arbeitsmarkt im allgemeinen noch in Ordnung, doch machen sich bereits selektive Ueberangebote bemerkbar. Mit den bereits getätigten und nach Fertigstellung der gegenwärtig im Bau bzw. Ausbau befindlichen Hochschulen wird in den nächsten Jahren mit einem stark zunehmenden Ueberangebot an Akademikern zu rechnen sein. Durch eine kluge, massvolle, auf den echten Bedarf und mehr auf Qualität statt Quantität ausgerichtete Hochschulpolitik lassen sich schwerwiegende Folgeerscheinungen, wie sie in diesem Artikel Erwähnung fanden, verhindern. Das an der Volksabstimmung vom 28. Mai dem Souverän zur Stellungnahme vorgelegte Hochschulförderungsgesetz zielt in eine falsche, verhängnisvolle Richtung.

A. Castelberg, Luzern

## IMMER MEHR UNSICHERHEITEN

Im eben erschienenen Geschäftsbericht der Ciba-Geigy AG schreibt der Verwaltungsratspräsident L. von Planta im Geleitwort:

"Es ist heute kaum möglich, Prognosen für das Jahr 1978 zu stellen, denn die bestehenden Unsicherheiten sind gross. Wir kommen uns vor wie ein Bergwanderer, der aber jedesmal, wenn er glaubt, eine Höhe erreicht zu haben, vor einem neuen Tal steht".

Eine für ihre Leistung weltbekannte Firma kann nach dem ersten Drittel des Jahres nicht einmal voraussagen, wie das Ergebnis am Jahresende aussehen wird! Der Wissenschaftsrat aber wagt Prognosen auf ein Jahrzehnt!

Kühn behauptete Professor Aebi an einer Pressekonferenz, wir Schweizer müssten kein akademisches Proletariat befürchten. Dabei weiss er um die heutige Ueberfüllung verschiedener Fächer, deren Absolventen auch bei guter Leistung keine Aussicht auf eine spätere Berufstätigkeit besitzen. Er kennt auch die erschreckend hohe Zahl von 40 - 50'000 arbeitslosen Akademikern in Deutschland, die politische Unruhe, die von einer Million ohne Stellenaussicht lebenden Akademikern in Italien, von den Schwierigkeiten in Frankreich und selbst in Schweden.

Alle westlichen Staaten haben im Anschluss an die revolutionären Bewegungen vor zehn Jahren mit der Akademikerausbildung überbordet. Es hat sich gezeigt, dass alle Berechnungen für den Zukunftsbedarf falsch und weder der Staat noch die Wirtschaft in der Lage waren, jedem Absolventen eine seiner Ausbildung angemessene Position zu geben. Hingegen wurden den nichtakademischen Berufen wertvolle Kräfte entzogen, und statt den Geeigneten ein schönes Betätigungsfeld zu verschaffen, mussten die Akademiker eine unbefriedigende Stellung einnehmen. Lebenslanges Ausharren in einer solchen Position ist viel schlimmer als rechtzeitig auf einen andern Weg gewiesen zu werden.

E.

## NICHTS GELERNT UND ALLES VERGESSEN !

In der neuen ETH Lausanne auf dem Gelände der Gemeinde Ecublens ist dieser Tage die erste Bauetappe eingeweiht worden. Bundesrat Hürlimann hielt die Festansprache und er benützte wie in der Muba in Basel und am Luzerner-Fest die Gelegenheit, kräftig für das neue Hochschulgesetz die Trommel zu schlagen. Offenbar beeindruckt ihn die Tatsache, dass in Ecublens ursprünglich mit 2'500 Studenten gerechnet worden ist, es aber nur 2'000 hat, und dass in der ETH Zürich überdimensionierte und mit geradezu phantastischem Aufwand erstellte Gebäulichkeiten halb leerstehen, in keiner Weise.

Nach leeren Primar- und Sekundarschulen, unausgenützten Techniken und halbleeren Eidgenössischen Technischen Hochschulen ist es wirklich ein starkes Stück, mittels neuer Bundessubventionen von Hunderten von Millionen Franken nun auch noch die kantonalen Hochschulen so zu forcieren, dass sie dann in einigen Jahren ebenfalls unausgenutzte Kapazitäten haben. Konnte man in den Zeiten der Hochkonjunktur noch ein gewisses Verständnis für den Wachstumsglauben haben, so ist eine solche Politik heute finanzpolitisch und bildungspolitisch barer Unsinn. Es ist zu hoffen, dass das Schweizervolk am 28. Mai realistischer ist als seine Behörde, denen mit der Zeit auch noch die letzte Führungsfähigkeit abhandenkommt.

## AKTIONSKOMITEE GEGEN DAS HOCHSCHULGESETZ IM KANTON BERN GEGRÜNDET

In Bern hat sich ein "Kantonal-Bernisches Aktionskomitee gegen das verfehlte Hochschulgesetz" gebildet. Das Komitee, welches unter dem Präsidium von Dr. Ferdinand Leibundgut (Bern) steht, er sucht die bernischen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, am kommenden 28. Mai das überrissene Hochschul- und Forschungsförderungsgesetz als untaugliche und kostspielige Vorlage abzulehnen.

Dem Aktionskomitee gehören mehrere Persönlichkeiten an, worunter verschiedene eidgenössische und kantonale Parlamentarier. Die Geschäftsstelle des Komitees befindet sich in Bern und ist unter dem Postfach 4059, 3001 Bern, erreichbar.